

Die Lage der Staatsangestellten.

Im Staatsangestelltenausschuß richtete gestern der Abg. Dr. Hofmann v. Wellenbof eine Anfrage an die Regierung, wie sich diese zu den für die Staatsangestellten notwendigen Aktionen verhalte. Sektionschef Galecki erklärte als Vertreter des Finanzministeriums, daß er derzeit noch nicht in der Lage sei, eine konkrete Äußerung abzugeben, weil er erst in später Nachtstunde von diesen Anliegen Kenntnis erhalten habe. Er hatte noch nicht Gelegenheit, mit dem Leiter des Finanzministeriums zu sprechen. Dr. v. Hofmann äußerte sein Befremden über die unbefriedigende Erklärung des Regierungsvertreters. Abg. Kroh erklärte, es gehe nicht an, daß die Regierung bei der Versorgung der Staatsangestellten und der

Arbeiterchaft ihre alte Vogel-Strauß-Politik weiter beobachte. Was bisher für die Staatsbediensteten geschehen sei, war eine blutige Ironie auf deren Notlage. Die Staatsbediensteten waren schon vor dem Kriege in tiefe Verschuldung geraten wegen der Einseitigkeit der Bewältigung. Sie sind jetzt auf dem Wege zur Proletarisierung, und es frage sich, wie lange die Regierung gewillt sei, die Angestellten noch tiefer ins Elend geraten zu lassen. Mit Scheinhilfsaktionen, wie mit den Steuerzuschüssen der Regierung, sei hier nicht geholfen. In einer Zeit, in der mit Milliarden operiert wird und in der im Lande Geld in Hülle und Fülle vorhanden sei, dürfte man nicht säumig warten, bis der Geldstrom etwa den Weg ins neutrale Ausland zu finden suchen wird. — Sektionschef Galecki erklärte sodann, er werde sich sofort mit den maßgebenden Stellen in dieser wichtigen Frage in Verbindung setzen und schon in der nächsten Sitzung des Subkomitees die notwendige Aufklärung geben. Auch die Regierung teile selbstverständlich die Überzeugung, daß es sich hier um eine dringliche, wichtige Sache handle.

Forderungen der Postangestellten.

Unter Führung des Obmannes vom Reichsbund der deutschen Postler Oesterreichs, des Postkontrolleurs Vogatschnigg, sprach gestern eine Abordnung deutscher Postangestellter im Abgeordnetenhaus vor und überbrachte den verschiedenen Abgeordneten ihre Wünsche hinsichtlich der Steuerzuschüssen. Die Substituten seien gänzlich übergangen worden. Im weiteren besprach die Abordnung die zu geringe Lebensmittelabgabe und die hierbei zutage getretene ungerechte Verteilung im Lebensmittellagerbetrieb des Handelsministeriums, und ersuchte die Abgeordneten, daß diesen Zuständen abgeholfen werde. Dr. Steinwender, der in seiner im Budgetausschuß gehaltenen Rede der Beamtenschaft in warmer Weise gedacht hatte, wurde seitens der Abordnung der Dank ausgedrückt.